

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 44.

Leipzig, den 31. Oktober.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren G. Hofmann, Brühl 40, G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Bebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filialexpedition F. W. Grelmann, Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Die geehrten hiesigen Abonnenten ersuchen wir dringend, falls das Blatt bis Sonnabend Abend nicht in ihren Händen ist, uns gefälligst brieflich (unfrankirt) oder mündlich sofort Nachricht zu geben.

Expedition des Demokr. Wochenblatts.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Politische Randbemerkungen zum Dresdner Dienstmann-Streit. — Arbeiterversammlung in Leipzig. — Aus Berlin. — Ein unpolitisches Wort an die Arbeiter. — Fabrikantisches. — Berichtigung. — Aufruf. — Beilage: Das Verhältnis der Kapital- und Junkerpartei zu den Arbeitern. — Adressen an die Spanier. — Aus England. — Aus Amerika.

Politische Uebersicht.

Die spanische Revolution ist in ihr zweites Stadium getreten: die provisorische Regierung hat die Auflösung der revolutionären Lokalausgänge (Junten), die bisher neben ihr bestanden hatten, verordnet, und ein Manifest erlassen, in dem sie unter allerlei Floskeln die Ueberzeugung ausspricht, daß die Mehrheit des Volks für die Monarchie sei, aber schließlich so gnädig ist, zu erklären, daß sie der konstituierenden Nationalversammlung (Cortez) die Entscheidung über die künftige Regierungsform anheimstellen werde. Wir wissen nun: die provisorische Regierung ist für die Monarchie. Wir wissen ferner durch den bekannten Brief Prim's, daß sie unter dem Einfluß des französischen Kaisers steht. Eine thörichte Selbsttäuschung wäre es, zu erwarten, die Regierung werde die Wahlen zur Nationalversammlung nicht in ihrem, d. h. im monarchischen Sinn zu lenken suchen. Dem Klerus macht sie bereits Zugeständnisse, und hat u. A. mit dem römischen Nuntius wegen Anerkennung der neuen Ordnung der Dinge durch den Papsi Unterhandlungen angeknüpft. Das sind schlimme Zeichen, und der Bruch zwischen den verschiedenen Parteien, die zum Sturz Isabella's zusammengewirkt haben, ist in nächster Zeit unvermeidlich. Schon erheben die todtegeglaubten Jesuiten led das Haupt. Ihr Organ, „Benfiamento“ („der Gedanke“, so genannt, weil es die Gedanken unterdrücken will) sagt in seiner letzten Nummer mit dürren Worten: „Die Kirche kann sich mit dem Liberalismus, dem Fortschritt und der modernen Civilisation nicht versöhnen. Die Katholiken müssen Lehrsätze den Lehrsätzen, Bewegung der Bewegung entgegensetzen.“ Das ist deutlich ausgesprochen: **Conterrevolution gegen die Revolution!**

Leider entwickelt die Demokratie nicht die nöthige Thatskraft. Bei einer zweiten Volksversammlung in Madrid, die sich für die Republik aussprach, glänzten die namhaftesten Führer der Partei durch ihre Abwesenheit; und die Bereitwilligkeit, mit der alle Junten mit Ausnahme der von Bar-

celona, die einigen Widerstand machte, sich dem Auflösungsdekret fügten, hat etwas sehr Bedenkliches.

Noch ist die Sache der Freiheit nicht verloren; noch sind ihre Feinde nicht hinlänglich gerüstet, um mit Aussicht auf Erfolg offen vorgehen zu können, allein wenn die Demokratie sich nicht bald zu größerer Energie aufrafft, ist eine abermalige Reaktionsära gewiß, die, wie das Regiment der Isabella, mit liberalen Phrasen beginnen und mit der nackten Pfaffen- und Säbelherrschaft enden wird. Erwähnt sei hier noch, daß die Jesuiten, die bekanntlich kluge Leute sind, sich für den schlimmsten Fall einen Unterschlupf gesichert haben, und zwar in — Preußen, dem „Hort des Protestantismus“, in der guten Stadt Schweidnitz, wo die Quartiere schon bestellt sind.

Mittlerweile ist Bonaparte, der einen Augenblick durch die spanische Revolution aus der Fassung gebracht war, auf seine alten Pläne zurückgekommen, und beschäftigt sich mit der Anfertigung von — Landkarten. Drei hat er bereits vollendet. Auf der ersten (1815) ist Deutschland roth angestrichen, und der rothe Fleck deckt Belgien, Holstein, Luxemburg, ganz Deutschland, ganz Oesterreich mit der Lombardei und Venetien, so daß Frankreich fast erdrückt scheint. Auf der zweiten (1832) ist Belgien nicht mehr roth angestrichen. Auf der dritten (1868) ist Frankreich um Nizza und Savoyen vergrößert, Deutschland hingegen um mehr als die Hälfte verkleinert. Der rothe Fleck bedeckt nur noch den Nordbund. Luxemburg, das in auffallendster Weise herausgestrichen ist, Belgien, Holland, Südwestdeutschland, ganz Oesterreich mit der Lombardei und Venedig befinden sich in der französischen Machtsphäre. Die Zentrümmerung Deutschlands ist mit greller Farbenpracht dem Auge dargestellt. Frankreich erscheint in riesiger Vergrößerung; Belgien, Holland, Luxemburg, Südwestdeutschland und ganz Oesterreich haben aufgehört, deutsch-roth zu sein und harmoniren mit den französischen Farben.

Mit Recht vermag die europäische Geschäftswelt dieser kaiserlichen Landkartensabrikation keine friedlichen Seiten abzu gewinnen; und die Besorgnisse werden gesteigert durch den Commentar des halbamtlichen „Constitutionell“, der einen angeblichen „Beruhigungsartikel“ mit dem ominösen Satz schließt: „Eine Vergleichung der drei Karten zeigt, daß Frankreich sowohl in seinen Bewegungen als in seinen Allianzen beut freiere Hand hat, denn je zuvor.“ Traurig, daß es wahr ist,

und wahr, daß es traurig ist. Das Jahr 1866 trägt seine Früchte. — Und während der Kaiser sich mit derlei Kartenkunststücken die Zeit vertreibt, hatten seine Zettungen die Nord-schleswig'sche Frage recht warm.

In Berlin will das Alles nicht sonderlich gefallen; und da man sich vollkommen klar darüber ist, daß der Nordbund, oder richtiger Großpreußen auf der Spitze des Schwerts ruht, wesentlich nur eine militärische Existenz hat, so wird jetzt eifrig an Kräftigung des militärischen Elements gedacht; Sachsen soll den letzten Rest der Selbstständigkeit opfern und seine Armee ganz an Preußen überliefern; ebenso Hessen; ebenso die übrigen südwestdeutschen Staaten. Die Schwachen werden sich wohl fügen müssen. Zweierlei steht aber fest: durch sein Streben, sich der Streitkräfte Sachsens und Südwestdeutschlands zu versichern, beweist Preußen, daß es von seiner eignen Ohnmacht Frankreich gegenüber überzeugt ist. Und was auch immer mit Sachsen und den anderen betreffenden Staaten ausgemacht werden mag — die Ausführung hängt von dem Lauf der Ereignisse ab, und die festesten „auf die Ewigkeit“ geschlossenen Verträge (das sind sie beiläufig alle) werden vor dem heranbrausenden Sturm nichts sein, als „Blätter Papier“.

Das Defizit offiziell eingestanden, und starke Absicht, es den übrigen Bundesländern bundesfreundlich aufzuhalsen; in Ostpreußen der Hunger und die Exekutoren thätig (in Einer Nummer des „Danziger Amtsblatt“ die Anzeige von 34, schreibe vier und dreißig Zwangsverkäufen!); die üblichen Soldaten- und Polizeieigefte — das ist das Neueste aus dem „Staat des deutschen Berufs“ und dieses Neueste ist alt. Doch etwas Neues — zur Abwechslung: Als ersten Schritt einer weiteren „Expropriation“ (Eigentumsentziehung) hat man dem Kurfürsten von Hessen einstweilen seinen Namen genommen. Er darf bloß noch als „Kurfürst in Prag“ adressirt werden. „Ich bin wenigstens nicht kleinlich“, sagte einst Graf Bismarck, dormalen Geschäftsmann zu Varzin.

Auch in Oesterreich glaubt man an „rauhes Wetter“. Der Behrainschuß des Reichsraths sträubte sich, die vorgeschlagene Kriegsstärke der Armee (800,000) auf 10 Jahre hinaus gutgeheißsen und die gewünschte Zahl von Rekruten (100,000 Mann mit Ungarn) zu bewilligen, aber Herr von Beust wußte den Mitgliedern in einer Rede, zu deren Geheimhaltung sie sich verpflichteten, die Lage Europas so düster zu malen, daß sie einstimmig alles votirten. Was wird der Reichsrath thun? Möglich, daß für dieses Jahr die von der Regierung gewünschte Truppenstärke gerechtfertigt ist; wenn aber die Vertreter des Volks auf 10 Jahre hin diese furchtbare Blutsteuer bewilligen, wenn sie nicht die Präsenzzeit herabsetzen und den Wehrentwurf überhaupt demokratisiren, dann stellen sie sich auf gleiche Höhe mit dem Berliner „Reichstag“ und werden gleicher — Achtung, und gleicher Behandlung theilhaftig werden.

In Böhmen nach wie vor Belagerungszustand und Pestnebelung.

In Rumänien Rüstungen; in der Türkei russische Wühlereien; in Rußland Prahlereien von dem „allgemeinen Slavereich“; überall Unzufriedenheit, unnatürliche Zustände, Zündstoff.

Für die übrigen Nachrichten verweisen wir auf unsere Correspondenzen aus England und Amerika.

Doch halt! Aus Südafrika dringt eine furiose Mähr zu uns, die nicht verschwiegen werden darf: In der Transvaal-Republik (Freistaat holländischer Bauern) ist soeben der Finanzminister Herr von der Linden zu 10 Jahre Zuchthausstrafe verurtheilt worden, weil er die öffentlichen

Gelder schlecht verwaltet hat. Was diese Bauern doch für rohe Begriffe und Manieren haben. Da ist man in Europa gebildeter und höflicher. Jedenfalls wird keiner unserer Finanzminister Lust haben, in die Transvaal-Republik zu gehen.

Ogleich die Herren Bourgeois-Ökonomen gegenüber dem Marx'schen „Kapital“, das sie nicht zu widerlegen vermögen, bei ihrer feigen Taktik des „Todtschweigens“ verharren, so gewinnt dieses Werk doch immer weitere Verbreitung und allgemeinere Anerkennung. Demnächst wird in Petersburg eine russische Uebersetzung erscheinen, und wie man uns mittheilt, wird auch eine englische Uebersetzung vorbereitet.

In Hannover, wo die demokratische Partei jetzt selbstständig vorzugehen beginnt, wird ein Volksverein gegründet werden.

Aus Bielefeld schreibt man uns: „Der hiesige Arbeiterbildungs-Verein deputirte f. Z. durch Beschluß der Generalversammlung einen Vertreter zum Nürnberger Arbeitertage mit dem besonderen Auftrage, dort für das von dem Leipziger Verein eingebrachte Programm, worin am Schluß der Anschließ an die Internationale Arbeiter-Assoziation ausgesprochen war, zu stimmen.“

Um so auffallender war es deshalb, als die Zeitungen uns die Mittheilung brachten, daß unser Delegirter seinem strikten Auftrage entgegen mit der Minorität gestimmt und aus dem Verbande ausgetreten war. — Auf Antrag verschiedener Mitglieder wurde nun eine Generalversammlung berufen und von uns bei derselben beantragt:

- a) auszusprechen, daß der Vertreter sein ihm übertragenes Mandat nicht erfüllt habe;
- b) nachträglich den Anschließ an die Internationale Arbeiter-Assoziation zu beschließen.

Der Antrag ad a wurde angenommen, der Antrag b dagegen von demselben Vorstande, welcher 14 Tage früher für den Anschließ gewesen war, und der inzwischen von unserm Deputirten belehrt sein mußte, auf das lebhafteste bekämpft. Namentlich wurde jetzt angeführt, daß man die Ziele der Assoziation noch nicht genügend kenne und namentlich auch nicht wisse, welche Verpflichtungen man durch den Anschließ übernehme. Nach sehr stürmischer Debatte wurde unser Antrag mit 67 gegen 63 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung aber vom Vorsitzenden abgelehnt und die Sitzung geschlossen.

Eine vor einigen Tagen wiederholt berufene Generalversammlung lehnte unsern wieder eingebrachten Antrag ebenfalls ab. Wir — die Minorität — haben deshalb beschlossen, als einzelne Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation dennoch beizutreten und hoffen, mit der Zeit die meisten übrigen Mitglieder ebenfalls heranzuziehen.“

Wir bitten unsere Bielefelder Freunde, dem Beispiel der Berliner Minorität zu folgen und einen neuen Verein zu bilden. Ueber die Ziele der Internationalen Arbeiter-Assoziation giebt die Eichhoff'sche Broschüre*) hinlänglichen Aufschluß. Durch die Nürnberger Beschlüsse erwachsen den Arbeitervereinen keine neuen pekuniären Verpflichtungen.

*) Von der Expedition dieses Blattes für 5 Sgr. (ohne Porto) zu beziehen.

In ihrem siebenten Rundschreiben theilt die Centralstelle der Sächsischen Consumvereine mit:

„Besteuerung der Consum-Vereine. Wir haben versucht, den sächsischen Consumvereinen uns in dieser Beziehung nützlich zu erweisen, können aber freilich zur Zeit von einem Erfolg noch nicht berichten. Wir fürchten nicht, die Discretion dem Ministerium gegenüber zu verlegen, wenn wir die Sache hier kurz mittheilen. Von mehreren Vereinen waren uns nämlich Klagen zugekommen über das Verfahren der Unter- und Steuerbehörden den Consumvereinen gegenüber. Während man z. B. an dem einen Orte auf erfolgte Reclamation nach hoher Verordnung einen Consumverein von der Steuer befreite, leitete man an einem andern Orte das Exekutionsverfahren gegen die Mitglieder eines Vereins ein wegen verweigerter Steuerzahlung; hier ließ man die Vereine, die nur an Mitglieder ihre Waaren abgeben, steuerfrei; dort verlangte man sogar von solchen, die nicht einmal eignes Lager haben, sondern nur in Markenverträgen mit Kaufleuten stehen, Steuer, Daß ein so ungleiches Verfahren der Behörden nicht geeignet ist, die Zufriedenheit zu fördern und daß man bestrebt sein muß, Gleichheit Aller vor dem Gesetz zu erreichen, ist klar. Damit nun die Consumvereine nicht einzig in das subjektive Ermessen der einzelnen Unterbehörden gegeben sein möchten, haben wir uns Ende Juli in einer ausführlichen Eingabe an das Ministerium des Innern gewendet mit dem Gesuche:

auf dem Verordnungswege bekannt zu machen, daß Consumvereine, welche bloß an Mitglieder verkaufen, keine und solche, welche auch an Nichtmitglieder verkaufen, eine verhältnismäßige Steuer zu zahlen und die zur Besteuerung erforderliche Bilanz alljährlich un-aufgefordert an die betreffende Steuerbehörde abzugeben haben.

Eine Antwort auf unsere Eingabe ist uns zur Zeit noch nicht zugegangen.“

Wird den Bittstellern auch bei der bekannten Arbeiterfreundlichkeit unserer Regierung wohl niemals zugehen. Die Centralstelle schlägt ferner einen Verbandstag der Consumvereine vor, für den sie Ehemalig in Aussicht stellt, und zeigt an, daß der Bericht über die bereits abgehaltenen und in Kürze noch abzuhaltenden Bezirksversammlungen im „Demokratischen Wochenblatt“ veröffentlicht werden wird.

Politische Randbemerkungen zum Dresdner Dienstmann-Streit.

Cotton is King! „Die Baumwolle ist König!“ sagten die amerikanischen Südstaatler, als sie in stolzem Glauben an die Unentbehrlichkeit ihres Hauptprodukts für die europäische Welt auf den Trümmern der großen nordamerikanischen Union ihren Sonderbund zu errichten versuchten; aber die Union blieb Siegerin, das südstaatliche Junkerregiment allein ging in Trümmer.

Dollar is King! „Der Thaler ist König!“ lautet die Parole der Geldleute in der ganzen Welt. Die Herrschaft der „besitzenden und gebildeten Klassen“ ist bekanntlich das Staatsideal, das sie fortwährend im Munde führen. In der Praxis ist aber immer nur vom Besitz die Rede; sobald dieser durch den Censur festgestellt ist, versteht sich die Bildung von selbst. Der Hausknecht, der 10,000 Thlr. in der Lotterie gewinnt, zählt, stimmt und figurirt politisch in jeder Hinsicht als vollberechtigtes Mitglied der „besitzenden und gebildeten Klasse;“ der

Lehrer, von dem sich die Bevorzugten erst ihre Bildung holen, ist davon ausgeschlossen.

Früher dachte man weniger liberal, aber bei alle dem humaner. Nicht alle Welt hatte Theil am politischen Bürgerrecht; aber weder bildete der Besitz das alleinige Mittel, dazu zu gelangen, noch ging dasselbe Demjenigen, welcher es einmal besaß, lediglich durch das Zurückgehen seines Wohlstandes verloren. Die neuen Wahlgesetze haben das geändert, der Thaler und ganz allein der Thaler bestimmt des Mannes politische Geltung.

Genau dieselbe Wandlung vollzieht sich auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Zunfteinrichtungen zeugten von nichts weniger als liberalem Geiste. Aber sie sollten doch nicht bloß unterdrücken, sie sollten auch nach der andern Seite der Allmacht des Großkapitals Schranken setzen. Die Gewerbefreiheit hat ihrer Wirksamkeit in beiden Richtungen ein Ende gemacht. Sie hat dem Kapital, aber auch der Arbeit einen freieren Spielraum eröffnet. Der Sozialismus findet, daß die Arbeit schon bei den gegenwärtigen Zuständen den Kürzeren zieht. Der Unternehmerpartei geht das aber noch nicht schnell genug. Während sie, um ihre Macht immer weiter auszudehnen, eine gesellschaftliche Funktion des Staates nach der andern aus dem Wege zu räumen strebt, beispielsweise das staatliche Versicherungswesen, die öffentlichen Verkehrsinstitute u. s. w. möglichst uneingeschränkt wirtschaftend den Kapitalisten-Gesellschaften überlassen wissen will, verlangt sie zugleich gebieterisch die Zurücknahme jeder der Arbeit gegebenen Freiheit. Die Verpflichtungen der arbeitenden Klasse, für ihre in Noth gerathenden Mitglieder einzustehen, wird wieder hergestellt und ausgedehnt; andere dürfen sich in solchem Falle auf die Hilfe der Gemeinde verlassen. Der Geselle sollte wieder allen den Formalitäten unterworfen werden, welchen er unter dem Zunftregimente unterlag und noch einigen neuen dazu, nur daß es nicht mehr der Meister, der doch wenigstens selbst eine Gesellenzeit durchgemacht, sondern der kapitalistische „Arbeitgeber“ gewesen wäre, von dem er abgehängt hätte. Endlich versucht man selbst auf die einfachste Handarbeit die monopolisirende Hand des Kapitals zu legen. Nicht genug, daß die meisten Handtierungen Kapital erfordern, der Kapitallose mithin dabei nothwendig in Abhängigkeit vom Kapitalisten geräth — nicht einmal der Gebrauch der gesunden Glieder soll erlaubt sein, ohne daß irgend ein völlig entbehrlicher „Unternehmer“ seinen Zoll davon bezieht. Das ist die Annahme, um die es sich in dem Dresdner Dienstmannstreite handelt, das ist es was ihm eine mehr als lokale, was ihm eine Bedeutung für die ganze sozialpolitische Richtung unseres Staatswesens überhaupt verleiht.

Vergebens sucht man den Haupt- und Angelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit zu entrücken durch Herausstreichen der Nothwendigkeit von „Garantien für das Publikum.“ Gerade nach diesen sucht man in dem Dresdner Regulativ vergeblich. Mit der Bestimmung der Dienstleistungen, auf die man rechnen darf, der Festsetzung der Gebühren für dieselben, kurz mit all dem, was das Publikum gleichförmig zum voraus geordnet zu sehen wünschen müßte, macht sich die Dresdner Polizei durchaus keine Mühe. Das mögen die Unternehmer festsetzen, wie es jedem guldünkt; sie begnügt sich mit der einfachen Bestätigung. Aber den Pflichten des Dienstmanns gegen seinen Herrn widmet sie die minutiöseste Aufmerksamkeit. Die nothwendigen Eigenschaften des Dienstmanns sind ausführlich erörtert; von nothwendigen Eigenschaften des Unternehmers schweigt das Regulativ; es genügt, daß er 500 Thaler aufzählen kann. Dem Unternehmer will man „Garantien des Bestehens“ geben, ihm aber steht es frei, sobald es ihm beliebt

mit der „Autorisation“ in der Tasche, dem Publikum den Rücken zu kehren und seine Leute als brotlose Arbeiter auf die Straße zu werfen! Und daß dies keine leeren Befürchtungen, vor deren Eintreten schon das „vernünftige Interesse des Unternehmers“ selbst schützen müsse, zeigt die soeben von Herrn Geucke (nachdem er die erstrebte „Regulierung“ durchgesetzt und die „Wilden“ verdrängt hat) beliebte Auflösung seines Instituts. So verwickelt man den Zweck der Gewerbegezetznovelle, welche den Maßregelungen der Dienstmannvereine hat zum Anhalt dienen müssen und deren Einbringung durch die Anerkennung des Bestehens der Dienstmanninstitute als öffentliches Bedürfnis motiviert wurde!!

Das Gegenteil ist in Dresden erzielt worden. Zerstört hat man, statt aufzubauen, Verwirrung und Mißtrauen hervorgebracht, statt Ordnung und Vertrauen zu befestigen. Aber viel schwerer noch wiegen für den Staat die politischen Einbußen.

Zuerst das erschütterte Vertrauen in alle offiziellen Zusicherungen. Oder konnte man sich feierlicher und bestimmter verpflichten, als dies in dem königl. Decret vom 19. Dezbr. vor. Jahres bei Einbringung eben jener Novelle geschehen war? Nur dem Bedürfnis, hieß es dort, daß autorisirte Institute gegen das Führen derselben oder doch ganz ähnlicher Abzeichen durch nicht zu ihnen gehörige Personen geschützt seien, ohne sonst die Freiheit weiter zu beschränken, sollte abgeholfen werden. Und heute verbietet man das Tragen irgend welchen Abzeichens einem Jeden, der nicht bei einem autorisirten Unternehmer (von dem im Gesetz mit keiner Silbe die Rede ist) in festem Lohne steht!

Zum Zweiten die erschütterte öffentliche Ordnung! Die Dresdner Straßenaufläufe vom 14. d. M. haben die Welt nicht aus ihren Angeln gehoben, sie haben nicht einmal, wie gewisse Heulmeier gewünscht hätten, den flotten Gang des dortigen Jahrmarkts gestört. Aber daß aus Anlaß derselben gegenwärtig Sachsen Aufruhrprozesse zu führen hat, Aufruhrprozesse um einer solchen Veranlassung willen, das ist einer der schwersten Schläge, die den Staat treffen konnten.

Und wie als Konsequenz eines Mißgriffes immer weitere und größere begangen zu werden pflegen, so krönt man gegenwärtig in Dresden das total verunglückte Werk der Dienstmanninstitute-Regulierung mit einem Rechtfertigungsversuche, der alles hinter sich läßt, was wir in einem monarchischen Staate für möglich gehalten hätten! Wir wollten unseren Augen nicht trauen, aber es verhält sich in der That so, und nicht etwa die „Berliner Börsenzeitung“ oder ein ähnliches Blatt, nein, das offizielle Organ der königl. sächsischen Staatsregierung, das „Dresdner Journal“ war es, welches den Hinweis auf das königliche Dekret mit — Citaten aus den Petitionen der Handelskammern niederdonnerte!! Daß ihm hierbei dasselbe Malheur passirte, wie der Dresdner Polizeibehörde (welcher ihr „autorisirter“ Unternehmer in eben dem Momente entschlüpfte, wo sie ihn zum Herrn der Situation gemacht hatte); daß die angezogenen Stellen das Gegenteil von dem besagen, was sie beweisen sollen, sei nur nebenbei erwähnt. Die Ungeheuerlichkeit der Argumentation: „Dies ist Rechtens, denn so wollen es die Handelskammern!“ läßt kaum daran denken. Schneidender kann man dem Prinzip der Klassenherrschaft nicht Ausdruck geben. Die vielleicht halb unbewußt nach diesem Ziele hin gethanen Schritte erscheinen nun als Glieder eines Systems, des Systems, dessen Parole lautet: „Der Thaler ist König!“ Wir werden sehen auf wie lange.

Am Dienstag Abend (27. Octbr.) fand in dem Saal der Tonhalle die Arbeiterversammlung statt, welche von einem gemeinsamen Comité des Allgem. D. Arbeitervereins (Patrie Schweizer), und des Volksvereins berufen war. Die Versammlung bestand aus mindestens 2500 Arbeitern. Herr Taute eröffnete dieselbe mit einer kurzen Ansprache über den Zweck: Besprechung über die Bildung von Gewerkegenossenschaften und Erlass einer Adresse an die spanische Demokratie, worauf Hr. Bebel zum ersten, Hr. Seyferth zum zweiten Vorsitzenden erwählt wurden. Zunächst erhielt Hr. Liebknecht das Wort als Referent über den ersten Gegenstand der Tagesordnung. Er gab in einem eingehenden Vortrag eine Geschichte der englischen Gewerkegenossenschaften (Trade Unions), ihre Entstehung aus den alten Zünften, ihre Kämpfe mit den englischen Gesetzen, ihren Triumph über dieselben und ihre Organisation. Er zeigte, wie sie der konzentrierten Kraft des Kapitals gegenüber die als Individuen ohnmächtigen Arbeiter vereinigten, ihnen Selbst- und Klassenbewußtsein verliehen, willkürlichen Uebergriffen des Kapitals Schranken setzten, den Arbeitern eine menschenwürdigere Behandlung sicherten. Er kritisirte die von diesen Gewerkegenossenschaften angewendeten Mittel zur Umgestaltung der Lage der arbeitenden Klasse; in England und Amerika sei man bereits zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Kampf weniger um Erhöhung der Löhne als um Verkürzung der Arbeitszeit geführt werden müßte. Auch bei den höchsten Löhnen, wenn sie mit langer Arbeitszeit verbunden seien, bleibe der Arbeiter ein Sklave der Arbeit; zum Menschen würde er erst durch die Verkürzung der Arbeitszeit. Jede der Arbeit abgerungene Stunde sei eine Stunde der Freiheit, welche dem Menschenthum des Arbeiters zu Gute komme. Ferner richteten jetzt die englischen und namentlich die amerikanischen Arbeiter ihr Augenmerk auf Gründung von Produktiv-Genossenschaften, ohne sich jedoch dem Wahn hinzugeben, auf diesem Wege, ohne den Besitz der politischen Macht, zur Aufhebung des Systems der Lohnarbeit zu gelangen, welches das Ziel der Arbeiterbewegung sei. Die Arbeitseinstellungen seien ein Kampfmittel, von dem jetzt nur noch im Nothfall Gebrauch gemacht werde, dessen Benutzung aber die englischen Arbeiter gestählt habe. Die deutschen Arbeiter möchten aus der Geschichte der englischen Gewerkegenossenschaften lernen, ihre Kräfte zu vereinigen und sie auf das richtige Ziel lenken. Redner ging dann auf die Selbsthilfe und Staatshilfe über; Schulze-Delitzsch selbst hätte angeführt, des Nothstandes in Ostpreußen die Unzulänglichkeit der Selbsthilfe zugestanden und Staatshilfe verlangt. Die Lage der arbeitenden Klassen sei aber ein fortwährender allgemeiner Nothstand, dem mit Sparen und ähnlichen kleinen Mitteln nicht abzuhelfen sei. Mit dem an und für sich richtigen Begriff der Staatshilfe sei indessen von den preussischen Conservativen und Junkern, den Herrn Wagener und Bismarck, ein arger Mißbrauch getrieben worden. Nur der freie Staat könnte die nöthige Hilfe leisten zur gründlichen Umgestaltung der Lage der arbeitenden Klassen; im freien Staate seien aber Staatshilfe und Selbsthilfe dasselbe. Die englischen, amerikanischen, französischen, belgischen und schweizer Arbeiter hätten längst eingeschrieben, daß sie der centralisirten Kapitalmacht eine allgemeine Organisation entgegenstellen müßten; diese Ueberzeugung hätte zur Bildung der Internationalen Arbeiterassociation geführt, welche die gesammte Arbeiterklasse der ganzen civilisirten Welt umfassen solle. Jeder Freund der Freiheit müsse die Lösung der sozialen Frage wünschen. So lange der jetzige Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit daure, sei ein demokratischer Staat

unmöglich, der Cäsarismus nicht gründlich auszurotten, wenn die Arbeiter sich nicht rührten. Alle bis jetzt bestehenden Arbeiterorganisationen in Deutschland, seien in ihrem Resultat kläglich; sie musterten, hoch gerechnet, zusammen etwa 30,000 Mann, das sei keine Macht, aber 300,000 Arbeiter in dem Rahmen der unter sich vereinigten Gewerkschaften, durch die Internationale Arbeiterassoziation mit den Arbeitern der übrigen Länder vereinigt, das sei eine Macht. Um zu solchen Gewerkschaften zu gelangen, empfehle er die folgenden Resolutionen zur Annahme.

„In Erwägung,

daß die Gründung von Gewerkschaften nach dem Muster der englischen Trades' Unions behufs Organisation der Arbeiterklasse zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen und zur Bedeckung ihres Klassenbewußtseins notwendig ist,

in Erwägung ferner,

daß durch die Beschlüsse der verschiedenen Arbeiter-Congresse bereits die Anregung gegeben und der Anfang zur Gründung von Gewerkschaften gemacht worden ist,

beschließt die heutige Arbeiter-Versammlung:

„energisch vorzugehen zur Bildung solcher Genossenschaften und beauftragt ein zu diesem Zwecke zu wählendes Comité, die dazu nöthigen Schritte zu thun und namentlich mit den Verwaltungen der Arbeiterkassen u. s. w. in Verbindung zu treten“.

In der nun folgenden Debatte, an welcher sich die Herren Seyferth, Taute, Bebel, Schwarzer, Schilling beteiligten, wurden nun die einzelnen Punkte des Referats ausführlich besprochen und der Nutzen der Gewerkschaften nach allen Seiten hin beleuchtet. Sämtliche Redner betonten die Nothwendigkeit, endlich mit der Bildung solcher Genossenschaften vorzugehen und empfahlen deshalb dringend die Annahme der Resolutionen. Als die Debatte geschlossen werden sollte, meldete sich noch Herr Uhle (Fraktion Haßfeldt) zum Wort und sprach gegen die Resolutionen. Die Gewerkschaften nützen nichts, der Beweis sei, daß die englischen Arbeiter gar nichts erreicht hätten, das Lohngesetz sei ein soziales Naturgesetz (!), das man nicht umstoßen könne. Wolle man zu etwas kommen, so müsse man die Organisation von Lassalle annehmen, und nur wenn die Arbeiter streng centralisirt seien und einen Diktator an der Spitze hätten, dann könnten sie gegen die Kapitalisten marschieren. Hr. Uhle strebte dahin, die Versammlung von einer Beschlussfassung abzuhalten und behauptete, im Widerspruch mit sich selbst, daß die Arbeiter sich noch nicht klar seien. Die Organisation von Lassalle sei ein Prinzip, aber nicht die Gewerkschaft. Die Herren Liebknecht, Taute, Bebel wiesen dem Vorredner schlagend nach, daß er die Verhältnisse der englischen Arbeiter gar nicht kenne; daß eine Organisation kein Prinzip sei, sondern erst auf Grund eines Prinzips eine Organisation entstehen könne; daß die vielgerühmte Organisation von Lassalle nicht einmal die Spaltung in der eigenen Partei habe verhindern können und ihr Resultat so gut wie Null sei, da es beide Fraktionen zusammen nur auf höchstens 10,000 Mitglieder gebracht hätten; daß Lassalle wohl das Gute gewollt habe, aber von der inzwischen fortgeschrittenen Entwicklung der Arbeiter überholt worden sei und es keinem Zweifel unterliege, daß er selbst heute auf die Bildung von Gewerkschaften hinarbeiten würde; daß das Lohngesetz kein Naturgesetz sei, da sonst jedes Anknüpfen gegen dasselbe völlig vergebens sein würde; daß endlich der Vorwurf der Unklarheit in sich selbst zerfalle, da ja der Zweck der Versammlung der-

jenige sei, sich darüber klar zu werden, ob die Gewerkschaften zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse führen, oder nicht? und die Abstimmung darüber das Urtheil sprechen werde. Bemerkenswerth ist, daß Hr. Uhle im Lauf der Debatte zugab, er stimme prinzipiell mit Liebknecht überein — eine Zulassung, deren vernichtende Kraft er nicht zu begreifen schien, und von der wir bloß hoffen mögen, daß sie ihn nicht vor ein von der Frau Gräfin Haßfeldt präsidirtes Rehergericht bringen möge.

Die Resolutionen wurden hierauf fast einstimmig (gegen höchstens ein Duzend Stimmen) angenommen, das Comité, bestehend aus den Herren Schwarzer, Bebel, Seyferth, Taute, Hoffmann, Liebknecht, Schöne, welche die Versammlung einberufen hatten, mit der Ausführung der Beschlüsse beauftragt und ermächtigt, sich nach Bedarf zu ergänzen.

Schließlich befürwortete Hr. Bebel den Erlaß einer Adresse an die Demokraten Spaniens und verlas den in der heutigen Beilage abgedruckten Entwurf, welcher auch mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde. Die Versammlung, welche in der größten Ruhe und Ordnung verlaufen war, hatte von 8— $\frac{1}{2}$ 12 Uhr gedauert.

Aus Berlin.

Den 28. October. Der „demokratische Arbeiter-Verein“ hat sich in seiner vorgestrigen Sitzung durch Wahl eines Vorstandes definitiv constituirt. Getreu seinem Programm, und im Gegensatz zu der in Berlin beliebten Führerschaft sogenannter Arbeiterfreunde, hat er die verantwortliche Leitung des Vereins (Schriftseher Wilde und Maschinenbauer Kämmerer) übertragen, und wird durch die That den Beweis liefern, daß unter den Arbeitern selbst mehr als genug tüchtige Kräfte zur Wahrung ihres Associationsrechts vorhanden sind, daß die Arbeiter keine Bevormundung nöthig haben, wenn es sich um Ausübung ihres Versammlungsrechts handelt, und daß die Herren Abgeordneten, Stadtverordneten und Bezirksvorsteher als Leiter von Arbeiterversammlungen zum Mindesten entbehrlich sind.

Die ersten drei Sitzungen boten mehrere interessante Zwischenfälle dar, welche nach drei Richtungen hin die selbständige, unabhängige Haltung des Vereins charakterisiren.

In der ersten Sitzung gab eine geringschätzige Bemerkung des Vortragenden über Schulze-Delitzsch dem Tischler Jäger Veranlassung zu einer warmen Vertheidigung der Schulze'schen Genossenschaften. Seine Ansicht jedoch fand keine Unterstützung. Namentlich war es Maschinenbauer Kämmerer, der durch die einfache Erklärung, er habe 5 Jahre lang einem Schulze'schen Verein angehört, habe dem Vereine halbe Nächte zum Opfer gebracht und sich durch 5jährige Erfahrung von der Nutzlosigkeit dieser Vereine überzeugt, alle Argumentation für das Gegentheil zu Boden schlug. Ebenso Kaufmann Aaron dadurch, daß er das Schulze'sche Genossenschaftswesen vom Geschäftsstandpunkt beleuchtete, dessen ausschließlich geschäftlichen Charakter betonte und hervorhob, daß, wenn Schulze das leisten wolle, was er sich vorgenommen und Anderen versprochen habe, seine geschäftsmännische Thätigkeit genau an der Grenzlinie der socialen Leiter anfangen müsse, wo vernünftige Leute aufhörten, Geschäfte machen zu wollen, weil kein Geschäft möglich sei.

Die zweite Sitzung rief einen bezeichnenden Conflict mit dem „Socialdemokrat“ hervor. Im Lauf der Discussion war die Stellung, welche der Verein zum Schweitzer'schen All-

gemeinen deutschen Arbeiterverein einnehmen solle, erörtert werden. Herr B. Eichhoff warnte vor dessen Fehlern, ging deren Ursprung nach und bewies, daß Lassalle selbst die antisociale, auf blindem Autoritätsglauben und bedingungsloser Subordination beruhende Tendenz dieses Vereins verschuldet habe. Er zog eine Parallele zwischen Lassalle und Buchez, dem katholischen Socialisten, wies nach, daß die Productiv-Association, in welcher die Forderungen Lassalle's gipfelten, von Buchez in seiner Revue „l'Européen“ ausführlich dargestellt und erörtert worden sei, daß nicht bloß zwischen der Lehre von Lassalle und Buchez eine merkwürdige Ähnlichkeit bestehe, sondern daß auch die von ihnen hervorgerufene Bewegung ganz denselben Verlauf genommen habe und selbst in der Form einander so ähnlich sehe, wie ein Ei dem andern. Nicht bloß sei der „Socialdemokrat“ in Form und Inhalt eine Wiederholung des 1840 von Buchez gegründeten Organs der Buchezisten „l'Atelier“ und nicht bloß der gesammte Lassalleanismus eine neue Auflage der Buchezistischen doctrine du dévouement, sondern bis in die kleinste Kleinigkeit lasse sich in Theorie und Praxis der Zusammenhang zwischen Buchez und Lassalle, Buchezisten und Lassalleanern verfolgen, und als Beweis citirte Redner das Statut der aus dem Allgemeinen deutschen Arbeitervereine hervorgegangenen deutschen Cigarrenarbeiter-Compagnie von Frißsche, Kägel und Schupke, welches die merkwürdigste Uebereinstimmung mit den Statuten der seit 1834 von Buchez gegründeten Cooperativgesellschaften aufweise etc. Im Anschluß an diese Ausführung constatirten Schriftsetzer Wilcke und Litterat Carl Hirsch, daß sie aus dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein ausgetreten seien, weil ihnen die dort geübte Tyrannei unerträglich gewesen sei.

Dies veranlaßte die Redaction des „Socialdemokrat“ zu folgender, auf die auswärtigen Leser berechneten Denunciation: „Der demokratische Arbeiterverein zu Berlin hat damit begonnen, daß in der gestrigen Sitzung desselben (19. Oct.) einige Litteraten auf Lassalle raisonnirt (in einem Theil der Auflage steht: geschimpft) haben.“ Dagegen wurde vom demokratischen Arbeiterverein in seiner dritten Sitzung zunächst constatirt, daß der Verfasser dieser Notiz, Redacteur Hasselmann, die Eichhoff'schen Ausführungen wegen verspäteten Eintreffens gar nicht mit angehört hatte, und demnach Herr Hasselmann von Carl Hirsch wegen Mißbrauchs des Gastrechts unverblümt und schonungslos angegriffen und zur Rede gestellt. Herr Hasselmann gab zu seiner Vertheidigung die bemerkenswerthe Erklärung ab: „Es ist nicht wahr, daß Lassalle sich Buchez zum Vorbild genommen habe. Lassalle hat stets auf dem Standpunkt von Karl Marx gestanden, und so auch seine Schöpfung der Allgemeine deutsche Arbeiterverein.“

Hat somit der demokratische Arbeiterverein seine Stellung gegenüber dem Schulzeanismus und Lassalleanismus zur Genüge documentirt, so bleibt ihm noch übrig, sich klar zu werden über seine Stellung zur allgemeinen Demokratie, zur sogenannten Bourgeoisdemokratie. Am diesen wichtigen Punkt wird sich die Discussion der nächsten Sitzungen drehen. Eingeleitet ist dieselbe durch einen historischen Vortrag über die Februar-Revolution und die Juni-Schlacht. Der Vortragende wies durch Citate aus Engländer's „Geschichte der französischen Arbeiter-Associationen“ und aus Levasseur's „Histoire des classes ouvrières de la France“ nach, daß die Demokratie ihre Ohnmacht offenbare, wenn sie zum Siege gelange, nur der Socialismus könne ihr Leben einflößen. Durch Einführung des allgemeinen Stimmrechts, persönlicher Freiheit, der Glaubensfreiheit etc. habe die Demokratie ihr Ziel erreicht und

glaube durch diese Formen die Freiheit errungen zu haben. Die Eigenthums- und Besitzverhältnisse lasse sie ungeändert rufe hierdurch nach errungenem Siege den Kampf zwischen Capital und Arbeit hervor. Sie beseitige die bestehende Regierungsform, um diese durch eine andere Form zu ersetzen. Sie komme aus dem Dogma vom Staat nicht heraus und wagt nicht die Staatsform zu zerbrechen, aus Furcht vor dem vermeintlichen Chaos. An die Stelle einer gestürzten Regierung setze sie sofort eine neue Regierung, ohne den Protest des Volkes gegen das Regiertwerden überhaupt zu begreifen. Daher gehe auch ihr Streben über den politischen Parteilampf nicht hinaus, und sie bilde einwillen einen Gegenfuß zu den Bestrebungen der Socialdemokratie, welche die Vormundschaft des Staates ganz beseitigen, jede Regierung und jede Regierungspolitik abschaffen und dies hohe Ziel dadurch erreichen will, daß sie die ökonomischen Verhältnisse in ihrer ursprünglichen und „natürlichen Reinheit darzustellen bemüht ist und dabei von der Annahme ausgeht, daß die moderne Gesellschaft ein umwandlungsfähiger und umwandlungsbedürftiger Organismus sei. (In unserm vorigen Berliner Bericht ist Dr. Guido Weiß zu lesen, anstatt Adolf Weiß. A. d. R.)

Ein unpolitisches Wort an die Arbeiter. *)

Das, was wir jetzt Euch an's Herz legen, ist nicht eine Bitte für verunglückte Brüder, oder für die bedrängten Oppreuzen, sondern die Darlegung eines alten, uns bedrückenden Uebels und eine Mahnung zur Abwehr desselben.

Ihr wißt doch Alle, was Klagen sind, d. h. nicht solche, wie wir sie etwa über schlechte Zeiten, harte Schicksale etc. ausstoßen, sondern diejenigen, welche von und wider uns bei Gericht angebracht werden, mag dies nun geschehen durch uns selbst, oder durch Anwälte, die wir für unser gutes Geld annehmen und honoriren; Ihr wißt auch, daß es bei Gericht verschiedene Arten Klagen giebt, weil Ihr vielleicht hie und da wegen derselben einmal zu den Advokaten gegangen, oder vor Gericht geladen worden seid. Ihr wißt aber auch ferner, daß es unter den verschiedenen Prozeßklagen auch Injurienklagen, d. h. solche Klagen giebt, welche auf Grund von Schimpfereien und Beleidigungen von oder gegen Euch erhoben und bei Gericht anhängig gemacht worden sind.

Ueber diese Art Klagen und deren mögliche Beseitigung soll nun dieser Artikel eine kleine Abhandlung bieten.

Wenn bei uns unter der Arbeit, auf dem Wege von und nach Hause, in der häuslichen Wohnung, oder in Gesellschaft von Einem einige Worte gegen den Andern fallen, welche Schimpfworte oder eine kleinere oder größere Beleidigung enthalten, so kann man sicher darauf rechnen, daß zwischen den Parteien entweder eine Schlägerei oder aber eine Klage bei Gericht zu Stande kommt.

Zu diesem Zweck begiebt sich im letzterem Falle der gekränkte Theil zu einem Advokaten, erzählt diesem den Vorfall, und bittet ihn schließlich, dem anderen Theil „eine schriftliche Klage“ durch das Gericht zuzufertigen.

Dies wird denn auch Seiten des Anwalts gethan und hierauf vom betreffenden Gericht eine Verhandlung anberaumt, in welcher der Kläger und Angeklagte nebst Anwalt erscheinen.

Wenn die Parteien sich nicht vergleichen, und der Angeklagte die Klage zugestehen muß, so wird er nach Sachinstruktion zur Bezahlung der Gerichts- und Advokatenkosten und vielleicht zu Gefängniß verurtheilt. Wer nun Geld hat, der

*) Wir haben diese Einsendung um so bereitwilliger aufgenommen, als das Uebel, gegen das sie sich richtet, gerade in Sachsen, und namentlich im Erzgebirge, sehr verbreitet ist. D. Red.

kann damit die letzteren ablösen und hat nur noch die anderen Kosten zu bezahlen, wer aber keins hat, der muß die Gefängnißstrafe ruhig abbüßen, verliert dadurch mehrere Tage oder gar Wochen Arbeitslohn, und hat die übrigen Kosten extra noch zu decken.

Hierdurch entsteht ihm, dem Arbeiter, ein Schaden von circa 6 bis 10 Thalern, und alles dies — wegen ein paar Schimpfworten oder Beleidigungen.

Wie lange muß er arbeiten, um die Kosten zu decken, und deren Betrag wieder einzuholen.

Dies ist noch einer von den vielen Krebschäden der Kulturentwicklung unter den Arbeitern. Es ist unbedingt notwendig, daß er unter dem deutschen Proletariat vertrieben wird. Wenn wir der Freiheit, dem Fortschritt und der Bildung huldigen, so müssen wir auch dieses Unwesen, uns wegen ein paar Schimpfreden oder Beleidigungen in das Gefängniß und in Geldkosten zu bringen, aus unseren Kreisen verbannen.

Darum, Brüder, haltet an diesen Punkten fest:

Schimpfworte und Beleidigungen gegen Andere dürfen unsererseits nicht fallen und müssen, wenn es in Uebereilung u. geschehen, sofort wieder zurückgenommen werden.

Zu einer sofortigen Zurücknahme der Injurien auf gütlichem und außergerichtlichen Wege muß sich der beleidigte Theil stets bereit finden lassen, und darf nur bei nicht zurückgenommenen, schweren Beleidigungen Beschwerde bei Gericht führen.

Nur hierdurch ist es möglich, dem alljährlich in Tausenden von Fällen vorkommenden Uebel Schranken zu setzen, und uns hierdurch die erheblichen Geldkosten und Freiheitsstrafen zu ersparen.

Das ist Humanität und Menschenliebe, und ein Schritt mehr zur wahren Bildung!

Hagfeldtisches.

Den „Chemnitzer Nachrichten“ und dem „Chemnitzer Tageblatt“ ist Folgendes zur Veröffentlichung zugegangen:

„An die Arbeiter von Chemnitz und Umgegend.“

Vor vier Wochen enthielt die „Freie Zeitung“, Organ der Gräfin von Hagfeldt, unter der Ueberschrift: „Offenes Schreiben an Herrn Liebknecht“, einen Schmähartikel gegen mich, den ich zum Gegenstande gerichtlicher Klage gemacht habe. Da es mir darauf ankam, die Beschränktheit und Prinziplosigkeit der „Agitation“ des Hagfeldt'schen Arbeitervereins den nominellen Leitern desselben Angesichts zu Angesichts vor ihren eigenen Leuten in einer großen Arbeiterversammlung nachzuweisen, so benützte ich eine Stelle im „Offenen Schreiben“, also lautend: „Wir werden Ihnen, Herr Liebknecht, und Ihren Anhängern in unsren Versammlungen völlige Freiheit geben, Ihre Meinungen zu vertreten,“ und forderte die Leiter des Hagfeldt'schen Vereines auf, in ihrem Hauptquartier Chemnitz eine Versammlung zu berufen, in der ich mit meinen Freunden erscheinen würde. Diese Aufforderung erging öffentlich in Nr. 42 des „Demokratischen Wochenblatts“ am Schlusse meiner „Offnen Antwort an die Gräfin Hagfeldt.“ Privatim schrieb Bebel in seinem und meinem Namen an den hiesigen Vertreter der Gräfin Hagfeldt, Herrn Röhling, wir könnten wegen Geschäftüberhäufung nur an einem Sonntag und nicht vor dem 8. November abkommen, und müßten darauf bestehen, daß die Versammlung im größten vorhandenen Lokal stattfinde; die Hälfte der Kosten würden

wir erstatten. (Der Brief ist in Nr. 43 des „Demokratischen Wochenblatts“ abgedruckt.)

Diesen Brief empfing Hr. Röhling am 21. Oktbr. Am 24. — drei Tage später — schrieb er mir:

„Sie haben sich erboten, in einer von uns in Chemnitz anzuberäumenden Versammlung zu erscheinen und Beweise für die gegen uns geschleuderten Verläumdungen (!) vorzubringen. Das Präsidium hat die Vereinsmitglieder von Ihrem Vorschlag in Kenntniß gesetzt (wie?) und Folgendes ist von denselben (von wem?) beschlossen worden:

„Auf den Vorschlag des Herrn Liebknecht eine Versammlung in Chemnitz einzuberufen, in welcher Herr Liebknecht zugegen sein will, ist einzugehen. Derselbe ist gleichzeitig zu benachrichtigen, daß die Arbeiter (welche?) nicht gefonnen sind, bei dieser Gelegenheit eine Entwicklung seiner Theorien, von deren Richtigkeit sie längst überzeugt sind (!), anzuhören, sondern wir fordern ganz einfach Beweise darüber, daß die Frau Gräfin von Hagfeldt im Einverständnis mit dem preussischen Minister Grafen v. Bismarck handle. Hierzu versichern wir ihm vollständige Redefreiheit.“

Ich setze Sie nun hierdurch in Kenntniß, daß mit Genehmigung des Präsidenten eine Versammlung zu Chemnitz im großen Saale der Stadt London am Sonnabend dem 1. November d. J. stattfinden wird, zu welcher ich beauftragt bin, Sie einzuladen.

Leipzig, den 24. November 1868.

Julius Röhling.*

Also: statt mit meinen Freunden bin ich allein „eingeladen“, von dem man im Voraus wußte, daß ich ihn nicht annehmen kann. Man will mir nicht erlauben, meine „Meinungen“ („Theorien“) zu entwickeln, wozu ich ausdrücklich in dem „Offnen Schreiben“ aufgefordert worden war. Man will die Verhandlungen ausschließlich auf das persönliche Gebiet beschränken, wo eine Debatte unmöglich ist. Und endlich hat man die Stirn mir zuzumuthen, ich solle die Anhänger der Gräfin Hagfeldt als Richter zwischen dieser Dame und mir anerkennen! Das ist ebenso unehrlich, als albern und unverschämt. Mit der Gräfin Hagfeldt, die der Geschichte angehört, — freilich vorwiegend demjenigen Theil, welchen man Skandalchronik zu nennen pflegt — werde ich vor einem anderen Forum abrechnen. Die Leiter des Hagfeldt'schen Vereines aber haben durch ihr Benehmen in dieser Sache den Beweis geliefert, daß sie weder den Muth noch die Fähigkeit besitzen, sich mit meinen Freunden und mir in eine Debatte über politische und soziale Prinzipien einzulassen.

Leipzig, den 28. Oktober 1868.

B. Liebknecht.

(Nach Absendung des obigen fand ich zu Haus einen zweiten Brief Röhlings vor, in dem mir mitgetheilt wird, daß die Versammlung wegen des Reformationstages nicht nächsten Sonnabend, sondern erst Sonnabend über acht Tage stattfinden könne. An der Sache ändert dieser Aufschub absolut nichts; nur läßt er die auffallende Scheu vor dem Sonntag scharfer hervortreten. Etwas anderes:

Man sagt mir (denn ich selber lese das Blatt nicht mehr, — empfehle es aber Allen, die das Hagfeldt'sche Wesen noch nicht kennen, zur sorgfältigen Durchlesung), Hr. Röhling habe in der „Freien Zeitung“ erklärt, er werde für das was er gegen mich gesagt mit seinem Leben und mit seiner Ehre einstehen. Der Mann scheint sehr aufgeregt. Für den von ihm

* In den Chemnitzer Blättern sind nur die Hauptstellen dieser interessanten Briefe mitgetheilt.

unterzeichneten Artikel muß er einsehen; sein Leben will Niemand, und seine Ehre kann oder konnte nur er selber sich nehmen. Verstanden? Herr Röhling soll auch bitterböse sein, daß ich ihn einen Strohmann genannt. Er scheint nicht zu wissen, daß ich den Styl der Gräfin Haffeldt genau kenne. Ich habe Duzende von Briefen derselben in Händen gehabt und etwelche höchst interessante sind gegenwärtig in meinem Besiz, — nicht in meiner Wohnung. Das bemerke ich ausdrücklich, um den Herren — Stieber oder Goldheim einen vergeblichen Besuch zu ersparen. W. L.)

Berichtigung.

In Nr. 42 des „Demokratischen Wochenblatts“ wird, unter — weiter nicht beachtlichen — Ausfällen auf meine Person in einem Dresdner Artikel vom 15. Oktober über die tumultuarischen Ausstritte allhier, getadelt: daß „die hiesige Presse, weit entfernt, der öffentlichen Stimmung Ausdruck zu geben, selbst die offenkundigsten Thatfachen tot zu schweigen suche“, indem „keines etwas von den Konflikten erwähne“. Speziell wird hinzugefügt, daß der Unterzeichnete dabei Rücksicht auf seinen nationalliberalen Parteigenossen Herrn Geude nehme.

Alle diese Angaben sind un wahr. Denn abgesehen davon, daß Herr Geude, meines Wissens, gar keiner politischen Partei angehört, ich wenigstens nicht mit demselben in politischen Beziehungen stehe: abgesehen davon hat die „Constitutionelle Zeitung“ bereits im Leitartikel der Nr. 239 (ausgegeben am 13. Oktbr. Abends) die Dienstmann-Angelegenheit im Anti-Schwauf'schen Sinne beleuchtet, sodann in Nr. 240 (ausgegeben am 14. Oktober Abends) über die beginnenden Aufstände referirt, und dann in Nr. 241 (ausgegeben am 15. Oktbr. Abends) speziell über die Vorfälle des vorherigen Abends berichtet, auch die zu späte Requisition des Militärs ausdrücklich getadelt.

Dresden, 19. Oktbr. 1868.

Der Chefredakteur und Eigenthümer
der „Constitutionellen Zeitung“.
Adv. Siegel.

A u f r u f.

Der Arbeiter-Bildungs-Verein in Wien hat vor Kurzem ein Arbeitsvermittlungsinstitut ins Leben gerufen, das unter den gegenwärtigen Verhältnissen allen gerechten Anforderungen entspricht, den Arbeiter von der schändlichen Ausbeutung gewissenloser Geschäfts-Agenten befreit und zugleich der Bequemlichkeit des Arbeitgebers den weitesten Spielraum gewährt. Die Arbeitslosigkeit wird nur zu häufig von bitterer Entbehrung begleitet und dann nicht selten die Quelle der Demoralisation; es liegt daher im Interesse der Gesellschaft, so schnell als möglich die Hindernisse zur Beseitigung der längeren Dauer der Arbeitslosigkeit hinwegzuräumen, was am ehesten durch die Centralisirung erreicht werden kann.

Wir richten daher an die Herrn Fabrikanten, Gewerbetreibende, Geschäftsleiter, und überhaupt an alle Jene, die männliche oder weibliche Arbeitskräfte — welcher Branche immer — benöthigen, die freundliche Bitte, etwaige Anmeldungen offener Stellen an das unterfertigte Institut gelangen lassen zu wollen.

Den Arbeitern und Arbeiterinnen empfehlen wir in ihrem eigenen Interesse die Benützung dieses Büreaus, um demselben jene Ausdehnung geben zu können, die allein bedeutende Erfolg sichert. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer haben bei der Vormerkung nichts zu entrichten.

Jede Vormerkung wird nach Ablauf von drei Wochen gelöscht, kann aber auf Verlangen verlängert werden.

Sind Adressen vorrätzig, so werden diese sogleich ausgefolgt und sind per Coupon, worauf 3 Adressen geschrieben werden können, 2 Kreuzer zu bezahlen. Vereinsmitglieder erhalten selbst diesen kleinen Betrag bei Zahlung der monatlichen Auflage zurückerstattet.

Das Arbeitsvermittlungsbureau korrespondirt nicht nur am hiesigen Plage, sondern dehnt seinen Wirkungskreis sowohl über sämtliche österreichische Provinzen, als auch über außerösterreichische Staaten aus. Sämmtliche Vereine des In- und Auslandes fordern wir auf, der guten Sache wegen mit dem Arbeitsvermittlungsbureau in Verbindung zu treten. Vormerkungen von Auswärts werden frankirt und außerdem mit Beischließung von Geld oder Briefmarken im Betrage des doppelten Postportos erbeten.

Geschäftsstunden täglich von 3—6 Uhr Nachmittags für weibliche und von 3—8 für männliche Arbeiter.

Das Arbeitsvermittlungsbureau des Arbeiter-Bildungs-Vereins
„Mariahilf“ in Wien.
Magdalenenstraße Nr. 104.

J. C. Mühlfelder,

Obmann des Arbeiter-Bildungs-Vereins Wien.

Die Volks- und Arbeitervereine Sachsens

machen wir hiermit nochmals besonders auf die „Deutsche Arbeiterhalle“, Organ des Verbands deutscher Arbeitervereine, aufmerksam, und fordern sie auf, das Blatt durch Abonnements kräftig zu unterstützen. Es erscheint alle 14 Tage und kostet durch die Post oder den Buchhandel bezogen halbjährlich 10 Ngr. Jeder Verein, der mit den Tendenzen des Verbandes einverstanden ist, sollte wenigstens 1 Exemplar halten.

Soeben erschien:

A. Eichhoff's

Deutscher Arbeiterkalender

für 1869.

Inhalt: Die Arbeiterbewegung im Jahr 1867/68, Historische Rückschau über das Jahr 1868, Erzählungen, Anekdoten, Vermischtes, Kalender, Notizbuch, die neuen Maße und Gewichte, die neuen Geseze des Norddeutschen Bundes.

Preis 5 Sgr.

Arbeiter-Vereinen gewähre ich 25% Rabatt.

Die Verlagshandlung

von A. Eichhoff in Berlin
Friedrichsstr. 230.

Verantwortlicher Redacteur: W. Liebknecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig.

Druck und Verlag: G. W. Volkath.
Expedition: Petersstraße 18.

Hierzu eine Beilage.

Das Verhältniß der Kapital- und Junkerpartei zu den Arbeitern.

Es ist für die Kapitalpartei in allen ihren Schattirungen, wie Fortschrittler, Nationalliberale, Freikonservative, bezeichnend, daß sie in hohem Grade die Kunst besitzt, sich selbst zu belügen. Lassen sich die Thatsachen aber schließlich nicht mehr wegleugnen, so geräth sie in eine fanatische Wuth, in der sie selbst zu den Waffen zu greifen im Stande ist. So sollte es nach ihrer Behauptung vor dem Jahre 1848 in Deutschland kein eigentliches Proletariat geben, und als dieses nun trotz alledem in der Revolution plötzlich dastand und Niemand machte, sich den Preis des Kampfes nicht rauben zu lassen, da verwandelte sich jeder wackere Bourgeois in einen fanatischen Vollstänigen und Denuncianten. Alle die schönen Redensarten von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wurden vergessen und der triumphirenden Reaktion Palmen gestreut.

Die Reaktion, welche Deutschland knechtete und demoralisirte, ist das Werk der Kapitalpartei.

Seitdem hat sie von Napoleon gelernt, daß es viel vortheilhafter sei, den Sozialismus zu fälschen und sich auf diese Weise der Arbeiter zu bemächtigen, als mit allen Mitteln des Polizeistaates gegen dieselben zu wüthen. Daher dieser Eifer, mit dem sich die Kapitalpartei überall der Arbeiterbildungsvereine annahm und sie reichlich mit Geldmitteln unterstützte; daher diese Begeisterung für Schulze aus Delitzsch, von dessen Reformen sie sehr wohl einsah, daß sie unfähig waren, die soziale Frage zu lösen, aber einen vortrefflichen Lutschtbeutel für das schreiende Kind abgaben.

Inzwischen hatte aber auch die Junker- oder feudale Partei von dem Schulmeister an der Seine gelernt, und als mit der „Neuen Aera“ in Preußen die Bourgeoisie wieder begann, ihre Phrasen von Freiheit und Recht aus der Rumpelkammer hervorzufischen, begriff das Junkerthum, welches ein vortrefflicher Bundesgenosse die Arbeiter gegen diesen bürgerlichen Liberalismus sein könnten. Es begann nach französischem Vorbilde der königlich preussische Sozialismus, und während die Bourgeoisie fortwährend dabei blieb, daß die Arbeiter sich nicht um Politik zu kümmern hätten, wurden diese, vollends als mit dem Jahre 1866 Preußen das allgemeine, direkte Wahlrecht im norddeutschen Bunde einführte, eine politische Macht.

Nur Kindlichkeit oder Eigennuß konnten daher noch auf dem Nürnberger Arbeiter-Vereinstag darüber wehklagen, daß diese Thatsache offen ausgesprochen und an die Arbeiter die Anforderung gestellt wurde, sich nun auch der Kapital- und der Junkerpartei gegenüber als sozial-politische Partei zu organisiren. Die Kleinheit des Häufleins, welches noch, und sicher nur noch auf ganz kurze Zeit, der Bourgeoisie getreu blieb, hat unwiderleglich dargethan, daß die Arbeiter selbst bereits zu dem Bewußtsein ihrer Bedeutung und Macht im Staatsleben gelangt waren.

Bourgeois und Junker buhlen nun um die Bette durch winzige Zugeständnisse und himmelhohe Verheißungen um die Gunst der Arbeiter, die ersten, weil sie durch ihre Unterstützung an die Regierung zu gelangen hoffen, die zweiten, um sich durch sie im Besitz der Macht zu erhalten; und nur kürzlich überboten sich „Nationalzeitung“ und „Norddeutsche Allgemeine

Zeitung“ in den Versicherungen der wärmsten Freundschaft für die Arbeiterklasse.

Was die Arbeiter von der Kapitalpartei zu halten haben, das wissen sie aus dem täglichen Kampf mit ihr. Ihre Lage kann nur durch die Vernichtung der Kapitalmonopole gründlich verbessert werden, und daß die Bourgeoisie dazu die Hand bieten werde, wäre ein zu kindlicher Glaube, um darüber noch ein Wort zu verlieren. An dem Tage, an welchem die Bourgeoisie zur Macht des Kapitals die der Regierungsgewalt fügt, wird ihr Dank an die Arbeiter darin bestehen, daß sie ihnen die schwersten Ketten an die Füße legt. Das liegt in der Natur der Sache.

Aber vielleicht meint es die Feudal- oder Junkerpartei ehrlicher mit den Arbeitern? Vielleicht kann sie uneigennüßiger sein als die Kapitalpartei? Dies könnte allerdings der Fall sein, vorausgesetzt, daß die widerstreitenden Interessen von Kapital und Arbeit in der Feudalpartei nicht vorhanden wären. Aber die Kapitalinteressen sind bei der Feudalpartei dieselben wie bei der Bourgeoisie, nur die Form, in der sie zu Tage treten, ist verschieden. Beide sind Arbeitgeber, die Existenz beider beruht auf dem Monopol des Kapitals und der Arbeitsinstrumente; aber der Bourgeois ist Fabrikant und der Junker ist Gutsbesitzer, das ist der einzige Unterschied zwischen ihnen.

Als der erste Napoleon mit eisernem Kriegsbefehl Deutschland aussetzte, ward auch jenes alte Privilegium auf den Ackerbau geworfen, wonach adeliger Grundbesitz nicht von Bürgerlichen besessen werden durfte. Damit versielen auch die sogenannten Rittergüter und Herrschaften der durch die französische Revolution frei gewordenen Macht des Kapitals. Da die Subhastation nicht mehr ehrfurchtsvoll vor dem Wappen am Hofthore stehen blieb, so mußte der adelige Herr wohl Notiz nehmen von der jetzt rasch sich entwickelnden neuen Methode der Bewirthschaftung. Das emanzipirte Kapital riß den Landbesitz in die Bewegung des modernen Industrialismus hinein, Maschinen u. s. w. ersetzten mehr und mehr die Handarbeit und die alten Ackerbauwerkzeuge, und der Leibeigne ward zum Proletarier. Bisher hatte der Saß gegolten, daß kleine Güter, da sie sorgfältiger bearbeitet werden konnten, vortheilhafter für den Nationalwohlstand seien, als große. Die neue Wirthschaftsmethode mit ihren verbesserten und vervielfältigten Ackerbauinstrumenten hat den Saß umgekehrt. Je größer das Gut, je besser rentirt sich das darauf verwendete Kapital. Großer Grundbesitz ist die Lösung, und da der kleine Gutsbesitzer nicht im Stande ist, mit dem großen zu konkurriren, (fehlt es ihm doch durchweg an dem nöthigen Kapital, um sich die moderne Bewirthschaftung mit ihren kostspieligen Instrumenten auf seinen wenigen Hufen zu Nuzen zu machen), so wird sein kleiner Besitz von dem großen ausgesogen und er unbarmerzig in das Proletariat hinunter gestossen. Leider haben die Regierungen mit wenigen Ausnahmen dazu beigetragen, diese Auffaugung zu befördern, indem sie, um an den Bauern ein konservatives Gegengewicht gegen den freisinnigen Geist der Städte zu gewinnen, die Gemeindegüter parzellirten.

Dasselbe eiserne Lohngesetz regelt den Arbeitslohn auf dem Lande, wie in den Städten; das Monopol des Kapitals lastet mit demselben Drucke auf den Arbeitern in Stadt und Land; hier wie dort dieselbe Ausbeutung der Arbeitskraft. Der einzige Unterschied ist der, daß der Landarbeiter um vieles schlechter gestellt ist, als der Hand- und Fabrikarbeiter in den Städten, und daß

er bei seiner Vereinsamung und tieferen Stufe der Bildung dem Brodherrn wehrloser gegenübersteht als dieser.

Warum denn thun die Feudalherren nichts, um die Lage ihrer Arbeiter zu verbessern, während sie um die Gunst der städtischen Hand- und Fabrikarbeiter buhlen? Aber sie denken nicht daran, zuerst vor der eigenen Thüre zu lehren. Als auf dem preussischen Landtage über die Beseitigung der Geseze gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter debattirt wurde, scheiterte diese an der offenen Erklärung der Feudalherren, daß sie nur unter der Bedingung für die Koalitionsfreiheit stimmen würden, daß diese auf die städtischen Arbeiter allein beschränkt würde.

Das ist deutlich genug: Bei den Junkern wie bei den Bourgeois dasselbe Beharren auf dem Kapitalmonopol. Um so nothwendiger ist es für die Arbeiterklasse, sich als solche zu organisiren. Ein gemeinsames Band muß Stadt und Land umschlingen. Die Interessen der Arbeiter sind hier wie dort die gleichen.

Adresse an die Demokraten Spaniens.

Brüder!

In Deutschland, wie überall, wo es Herzen giebt, die für die Freiheit schlagen, hat die spanische Revolution begeisterten Jubel hervorgerufen;

in Deutschland, wie überall, wo Gewalt vor Recht geht, hat die spanische Revolution den fast erstorbenen Funken der Hoffnung in der Unterdrückten Brust erweckt.

Eure Väter lehrten die unsrigen den Widerstand gegen fremde Eroberer; Ihr lehrt uns, daß ein entschlossenes Volk das Joch angestammter Tyrannei zu brechen vermag.

Indem Ihr für Euch kämpft, habt Ihr für uns gekämpft. Wir danken Euch!

Eure Sache ist die unsre, ist die aller Völker; und wenn es Euch gelingt, auf den Trümmern der Monarchie einen demokratischen Staat zu errichten, so ist der Triumph der Demokratie in allen Culturländern Europa's gewährleistet.

Wir wissen, das Werk ist nicht leicht. Die schwierigere Hälfte liegt vor Euch. Einen Thron stürzen ist leichter als ein freies Gemeinwesen schaffen, zumal in einem Lande, das, mit Ausnahme kurzer glorreicher Lichtblicke, Jahrhunderte lang dem vergiftenden Einfluß weltlicher Despoten und kirchlicher Dunkelmänner preisgegeben war.

Bis jetzt haben, seit Eurem Sieg, die Feinde der Freiheit sich nicht hervorgewagt, aber sie lauern nur auf einen günstigen Moment, um aus dem Hinterhalt hervorzubrechen. Seid wachsam! Arbeitet rüstig an dem Neubau, doch versäumt nicht, Maßregeln gegen Ueberrumpfung zu treffen.

Gedenkt unseres Schicksals. Auch wir Deutsche hatten einst eine Revolution. Die Feinde des Volks waren niedergeschmettert. Aber was thaten die Erwählten der Nation? Statt die betäubten Gegner für immer unschädlich zu machen, entwickelten sie mit pedantischem Doktrinarismus die Prinzipien der Demokratie, und als endlich die Charte der Freiheit auf dem Papier fertig war, hatten die reaktionären Elemente sich wieder gesammelt, und die junge Freiheit wurde nach kurzem Kampf in Blut erstickt. Vermeidet den Fehler, an dem wir zu Grunde gegangen sind: laßt Euren Feinden nicht die Zeit, sich zu organisiren: vor Allem beugt zeitig der Gefahr vor, die Euch vom stehenden Heere droht!

Es ist wahr, Eure Armee hat große Dienste geleistet in

dem Befreiungskampf des vorigen Monats, doch wer bürgt dafür, daß sie unter der Zuchttrute der militärischen Disziplin, die den Menschen zur Maschine erniedrigt, nicht nächstens sich gegen Euch wendet? Ihr habt nur Ein Mittel der Sicherheit: Verwandelt ohne Zeitverlust Euer stehendes Heer in ein Volkshaar! Laßt die vorhandenen Streitkräfte den Rahmen und das Fundament einer demokratischen Miliz bilden! Wer sich dagegen sträubt, ist Euer Feind. Ehrgeizige Generale werden sich widersetzen, die Soldaten, die Ihr aus Maschinen wieder zu Menschen erhebt, werden Euch dankbar sein.

Vor einer anderen Klippe müßt Ihr Euch hüten. Im Februar 1848 hatte das französische Volk eine korrupte Dynastie weggesetzt, wie Ihr jetzt. Die Republik schien für die Ewigkeit gegründet. Allein plötzlich schoß die Drachensaat der Zwietracht empor, die demokratischen Arbeiter und Bürger zückten das Schwert gegen einander, die furchtbare Junischlacht wurde geschlagen, und die Republik empfing den Todesstreich von der Hand der siegreichen republikanischen Bürger. Noch ein paar Jahre flichte sie hin, ein Spielball der feindlichen Parteien, bis sie im Dezember 1851 die Beute eines verachteten Abenteurers ward. Möge das namenlose Unglück des geschändeten Frankreich Euch eine Warnung sein!

Die Arbeiter und die Bürger sind die Träger der modernen Freiheitsideen. Auf das Landvolk, dem die nöthige Aufklärung fehlt, könnt Ihr Euch nicht verlassen. Der Adel und die Geistlichkeit sind Eure unverföhnlichen Feinde, wenn sie Euch heute auch heuchlerisch zuzuschwenken.

Sind die Arbeiter und Bürger geeinigt, so können sie jedem Angriff Trotz bieten. Trennen sie sich, oder bekämpfen sie gar sich gegenseitig, so ist die Sache der Freiheit verloren, eine neue Aera der Säbel- und Pfaffenherrschaft eröffnet. Die Einigkeit der Arbeiter und Bürger zu erhalten und zu festigen sei Euer Hauptziel!

In der gegenwärtigen Gesellschaft herrscht ein Widerstreit zwischen den Interessen der Arbeit und des Kapitals, ist die Stellung der Arbeiter eine freier Staatsbürger unwürdige. Dieß muß geändert werden. Die Bürger müssen den Arbeitern gerecht sein, ihnen den vollen Ertrag ihrer Arbeit gönnen; sie müssen begreifen, daß der Sozialismus, weit entfernt, die Gesellschaft zu vernichten, sie nur ordnen will, indem er die Harmonie der Interessen herstellt und dem gesellschaftlichen Krieg, diesem Urquell der politischen Knechtschaft, ein Ende macht.

Spanische Demokraten! Arbeiter und Bürger! Steht fest zusammen! Gerechtigkeit sei Eure Losung! Kämpft Schulter an Schulter gegen die gemeinsamen Feinde, und Euer schönes Spanien wird, zum Heil der Welt, Friede, Freiheit und Wohlstand finden unter dem stolzen, nie besetzten Banner der sozial-demokratischen Republik!

Grüß von den Sozial-Demokraten Sachsens.

Im Oktober 1868.

Wir theilen hier noch folgende zwei Adressen an die Spanier mit:

Die französischen Arbeiter an das spanische Volk.

Bürger! Europa zählt einen Thron weniger und ein freies Volk mehr. Ehre sei Euch, Ihr Spanier! Wir großen Eure Revolution, wir, die Nachkommen der Männer, die den 1. Juli, den 10. August, 1830 und 1848 gemacht haben. Aber in dieser Eigenschaft, Brüder, steht es uns nicht nur zu, Euch zu bewundern, es liegt uns auch die Pflicht ob, Euch den Schrei der verrathenen und unglücklichen Völker zuzurufen: Bürger! habt Acht auf Euch! Mögen die Lehren der Ge-

Schichte Curer Wiedergeburt dienen! Möge das tapfere Spanien sich erinnern, daß die hochberzigsten Nationen zeitweilig den Schlägen schändlicher Intriquen, schändlicher Verläumdungen, erbloser Umtriebe des Ehrgeizes erlegen sind! Die Eroberung der Freiheit wird die Frucht Curer Thakraft und Curer Wachsamkeit sein. Wendet also keinen Tag, nicht eine Stunde, nicht eine Minute eure Gedanken von dem beständigen Ziele Curer Bestrebungen ab, von der Republik. Der Sieg, der eure Rechte bestätigen wird, ist um diesen Preis. Keine Staats-Armeen mehr, weder Soldaten noch Priester! Erinnert euch, Bürger, daß das militärische Element von jeher eine Gefahr für die republikanischen Staatseinrichtungen gewesen ist und es immer sein wird! Erinnert euch, daß die Bonaparte's den 18. Brumaire herbeiwünschten und ein Cavaignac es war, der die Junitage machte! Erinnert euch, daß die Miliz, die sich die „heilige“ nennt (die Pfaffen), den Menschen nur Grundsätze der Verzichtleistung und des Gehorsams predigt; daß sie die Welt in zwei Theile theilt, von denen die Völker Nichts zu beanspruchen haben, und von denen sie den ersten Cäsar und den zweiten Gott giebt! Brüder, wir beschwören euch, kämpft für die Revolution, die Mutter unser Aller, ohne Schwäche, ohne Zaudern wie auch ohne Furcht! Sie ist's, sie allein, die durch den Unterricht, den sie mit offenen Händen austheilt, die Massen losreißen wird, die noch in dem Duster der Unwissenheit und des Aberglaubens dahin leben. Sie ist es, durch welche die Lohnarbeit verschwinden wird und mit ihr die letzten Formen der menschlichen Anechtung. Aus dieser Revolution, für welche Ihr die Waffen ergriffen habt, muß das Wort der Zukunft hervorgehen, dieser hohen Zukunft, der wir entgegenzueilen, die wir eines Tages erreichen werden, und die für alle Völker sich durch die endgültige Eroberung der Freiheit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit verwirklichen wird, d. h. durch die Erlangung der Rechte des Menschen und des Bürgers, gegründet auf die Gesetze der Natur und der Gerechtigkeit. Brüder, haltet euch tapfer! Es lebe das freie Spanien! Spanier, die französischen Arbeiter senden euch ihren Brudergruß!

Das Comite der sozial-demokratischen Partei in Wien an die provisorische Regierung von Spanien.

Geehrte Herren! Der Sieg der Revolution in Spanien ist auch von einem großen Theile des österreichischen Volkes, insbesondere aber von der Partei, welche wir vertreten, mit lebhafter Freude begrüßt worden. Indem wir daher Ihnen, den derzeitigen Leitern der spanischen Regierung die aufrichtigsten Glückwünsche zu Ihren Erfolgen übersenden, erlauben wir uns gleichzeitig die Hoffnungen auszusprechen, welche wir an diese bedeutungsvollen Ereignisse knüpfen und deren Erfüllung nach unserer Ansicht für die gedeibliche Entwicklung Spaniens notwendig ist. Wir hoffen, daß die spanische Regierung die Abschaffung der Sklaverei in den Colonien dekretire, — die gedrückte Lage des arbeitenden Volkes überall in einer dem Geiste der Zeit entsprechenden Weise berücksichtige und nicht durch die Einführung von Nationalwerstätten die Sache der Arbeiter schädige, wie dies im Jahre 1848 in Frankreich von den Feinden der Freiheit geschehen ist. Wir sehen den Tag nicht mehr fern, wo in Ihrem Lande eine wahrhafte Volksregierung ins Leben treten und wo man es verschmähen wird, sich an eine benachbarte Gewalt anzulehnen, deren Grundlagen schon lange erschüttert sind. Wir sind überzeugt, daß Ihre Regierung alsdann durch die Beseitigung des Concordats, durch die Abiegung der hohen geistlichen Würdenträger und durch die Einziehung der Kirchengüter der kirchlich-reaktionären Agitation die Spitze abbrechen wird. Demgemäß erwarten wir auch von Ihnen im Interesse der Freiheit aller Völker Durchführung der allgemeinen Volksbewaffnung und die Proklamirung einer zeitgemäßen entwicklungs-fähigen Regierungsform — die Proklamirung der Republik.

Aus England.

London, den 26. October.

„Besser spät als niemals“ sagt ein englisches Sprüchwort. Gladstone hat es endlich der Mühe werth gehalten die Arbeiter-Frage zu berühren. Er konnte nicht anders, denn die District von Lancashire, — hatte kein anderes geräumiges Lokal als den Weberschuppen der Assoziations-Baumwollen-Fabrik. Indem er der Genossenschaft seinen Dank dafür aussprach, ein geräumiges Versammlungszimmer geliefert zu haben, sagte er, daß ihn der Name der Genossenschaft veranlasse einige Bemerkungen zu machen über

eine Frage, die gegenwärtig von nationalem Interesse sei und über welche viel unnöthige Angst herrsche, nämlich das Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit. Er stimme nicht mit denen überein, welche diese Frage für eine schwierige, wenn nicht die schwierigste halten, welche die Zukunft umwölke. Er traue seinen Landsleuten im allgemeinen, und den zwei unmittelbar beteiligten Klassen insbesondere zu, daß sie hinreichend gesunden Menschenverstand besitzen, eine befriedigende Lösung zu finden. In dem Genossenschaftswesen liege die Möglichkeit einer Lösung, indem dieses geeignet sei, dem Arbeiter, ohne ihn von der Arbeiter-Klasse zu entfernen, dennoch die Denkungsart und gewissermaßen die Interessen des Kapitalisten eigen zu machen. Er, Gladstone, verwahrte sich ausdrücklich dagegen, zu denen gezählt zu werden, die da glauben, daß die Kleinhändler entweder permanent oder vortheilhaft durch die Genossenschaften verdrängt werden können. Er glaubt, daß die Vereinigung der Arbeiter in Produktiv-Assoziationen außerordentlich vortheilhaft sei, um die Großfabrikanten in Schach zu halten, jedoch weder die Großhändler noch die Kleinhändler fördern werde. Einerseits ist er überzeugt, daß die Kooperation (Produktiv-Assoziation) nur unter den vorgeschrittensten Lohnarbeitern in vortheilhafter Ausdehnung betrieben werden kann; andererseits erscheint ihm das Risiko und die Verantwortlichkeit der Aktiengesellschaften zu groß, um die individuelle Energie der Privatunternehmer zu überwältigen. Er empfiehlt den Arbeitern sowohl wie den Kapitalisten die größte Vorsicht in Bezug auf derartige Unternehmungen und freut sich über jede actiengesellschaftliche Unternehmung der Arbeiter, die mit Erfolg gekrönt wird.

Der Kampf zwischen der Lohnarbeiter- und der Kapitalistenklasse erscheint ihm nur als „eine natürliche und heilsame Konkurrenz in der Vertheilung der Produkte der Arbeit.“ Nach Dudley Baxter's Berechnung beläuft sich der Werth der Produkte der jährlichen Arbeit auf 821,000,000 Pf. St. wovon die 10,962,000 schlechtest bezahlten Arbeiter und Arbeiterinnen 324,000,000 Pf. St., die 1,535,000 best bezahlten 84,000,000 Pf. St. erhalten. Die Arbeiter die den Werth von 821,000,000 Pf. St. produziren und mit ihren abhängigen Familiengliedern gegen $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung ausmachen, erhalten daher zusammen 408,000,000 Pf. St. in der Form von Arbeitslohn, — den Mehrwerth von 413,000,000 Pf. St., den sie umsonst produziren, verschmauß das siebente Siebentel der Bevölkerung. Nach Gladstonischen Begriffen wird in Kurzem der heilige Geist der kapitalistischen Denkweise einen Theil der best bezahlten Arbeiter beseelen, der große Haufe aber der schlecht bezahlten wird in den Reibungen der „natürlichen und heilsamen Konkurrenz“ um die 413,000,000 Pf. St., die er jetzt umsonst produziren muß, erkennen, daß seine Interessen, in Betreff dieser Umsonst-Arbeit dieselben sind wie die der schmarozenden Minorität — und die ewige Glückseligkeit, und das ewige Leben der kapitalistischen Ausbeutungsmethode, ist gegen jedwede Gefahr sicher gestellt. Schade nur, daß gerade die fortgeschrittensten Arbeiter Tag täglich darauf sinnen, ihren antikapitalistischen Begriffe Eintritt in die Hallen des Parlaments zu verschaffen, wo die „gleich interessirten“ Vertreter der schmarozenden kleinen Minorität das Umsonst-Arbeiten der hungernden und systematisch abgerackerten großen Majorität als „ewiges Naturgesetz“ heilig sprechen, und daß sie sich vorbereiten ihren Gelüsten, die Umsonstarbeit auf ein möglichst kleines Maas zurückzuführen und im Laufe der Zeit ganz abzuschaffen, gesetzliche Geltung zu ertrogen. Keine-Gladstone sagte kein Wort über die Trades' Unions.

Wenden wir uns von dem hoffnungsvollen Rundgemälde das Gladstone von der unmittelbaren Zukunft des brittischen Reichs entwarf, und hören wir nun, was Henry Fawcett,

Professor der Nationalökonomie an der Universität zu Cambridge, über die Arbeiterfrage sagt. In seiner Denkschrift, vorgelesen auf dem Congreß der sozialen Wissenschaften zu Birmingham, heißt es unter anderm: „Das Charakteristischste des Geschäftsbetriebs unserer Zeit ist, daß Eine Klasse das Kapital und eine andere die Arbeit liefert, deren Combination zur Erzeugung des Reichthums nöthig ist, daß zwischen diesen beiden Klassen kein anderes Verhältniß existirt als zwischen Käufer und Verkäufer, und daß zuweilen, wenn sie sich nicht über den Antheil einigen können, welchen der Arbeiter am Produkt haben soll, Krieg erklärt wird. Die ökonomische Klassensecheidung ist keine Naturnothwendigkeit. In England gehört der Grund und Boden Einer Klasse, das zu seiner Bebauung nöthige Kapital einer andern Klasse, und die nöthige Arbeit wird verrichtet von einer dritten Klasse, deren Armuth sprüchwörtlich ist. In Indien ist der Staat der Grundeigenthümer, die Grundsteuer, welche zwei Drittel des Staatseinkommens ausmacht, ist in Wirklichkeit Rente. Betrachten wir unsern heutigen Betrieb der Industrie etwas näher, so werden wir finden, daß er das Resultat eines allmählichen Wachsthums und vieler verschiedener Umstände ist. Durch die Erfindungen von Arkwright und Andern wurde das Handwerk zerstört und der Betrieb im Großen eingeführt, wodurch Kapital und Arbeit vollständig getrennt wurden, daher der Krieg zwischen Kapital und Arbeit. Ein vollständig wirksames Mittel, diesem Kriege ein Ende zu machen, wäre darin zu finden, daß der Arbeiter zugleich Eigenthümer des Kapitals würde. In einer Fabrik, die ein Kapital von 50,000 Pfd. St. und 1000 Arbeiter erfordert, könnte jeder Arbeiter einen Antheil von 50 Pfd. St. am Kapital haben und aller Klassen-gegensatz wäre verschwunden.“ In seiner weiteren Ausführung stellte er die verschiedenen bereits gemachten Versuche als Stufen eines ökonomischen Uebergangs dar, und sprach sich dahin aus, daß möglicher Weise die aufgehäuften Bildung und Erfahrung einiger Generationen nöthig sei, den größten Theil der Produktion auf eine Weise zu betreiben, die Kapital und Arbeit vollständig vereinige. Der Mann von Fach, der sich für kompetent hält, ein Urtheil zu fällen, (Gladstone betheuert bei jeder Gelegenheit seine „Inkompetenz“) erklärt also, daß die Lösung der Arbeiterfrage die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt bedingt.

Stuart Mill hat sich abermals bei den Bourgeois in Ungnade gebracht. Diesmal ist es kein revolutionärer Arbeiterpolitiker, dem er einen Empfehlungsbrief erteilte, sondern ein bürgerlicher Sozial-Reformer, Edwin Chadwick, der in seinen alten Tagen noch Eintritt in's Parlament begehrt, und einen alten reactionären Whig, Bouverie, zu verdrängen sucht. Bouverie, der die Wähler von Kilmarnock seit einem Vierteljahrhundert im Parlament vertreten, beschuldigte Mill „Zwietracht in der liberalen Partei zu stiften“, und ward von diesem gebührend abgefertigt.

Was heute unsere Bourgeois als Zwietracht-Stifterei innerhalb der liberalen Partei denunziren, wird sich bei künf-

tigen Wahlen als bewußtes Klasseninteresse der Arbeiter gegen den bürgerlichen Liberalismus herausstellen.

Aus Amerika.

New-York, den 13. Oktober.

Die Verhandlungen des amerikanischen Arbeiter-Congresses stehen bei einer Vergleichung denen des Brüsseler Congresses zwar weit nach, doch beweisen sie die Macht der Verhältnisse, welche unaufhaltsam eine Centralisation der Streitkräfte der Arbeiterklasse herbeiführen. Ein großer Theil der Sitzungen wurde mit der Berathung der Frage ausgefüllt, ob die Frauen-Delegirten zugelassen seien, zumal diejenigen, welche von einer politischen Organisation, einem Verein zur Erlangung des Frauen-Stimmrechts, abgeschickt waren. Der Congreß verwahrte sich dagegen, daß die beschlossene Zulassung eine Billigung des Grundsatzes enthalte, daß die Frauen Stimmrecht erhalten müßten, erklärte es aber für nothwendig, daß die Arbeiterinnen in Gewerksvereinen zusammentreten und die Macht der Arbeiter stärken helfen, statt ihnen verderbliche Konkurrenz zu machen. Leider wurde den Regern nicht die gleiche Berücksichtigung gewährt. Nach den Statuten der amerikanischen Arbeits-Genossenschaft (National-Labor-Union) haben farbige Arbeiter unzweifelhaft dasselbe Recht beizutreten, als weibliche; doch verbieten thatsächlich die Gesetze vieler Gewerksvereine den Beitritt Farbiger, und die Vorurtheile gegen dieselben sind selbst bei leitenden Personen der Arbeiterbewegung noch nicht verschwunden. Die Vereinigung der organisierten Arbeiter mit den Regern, das Zusammenwirken beider gegen die stets gewaltiger sich entwickelnde Macht des Kapitals in Staat und Industrie ist eine geschichtliche Nothwendigkeit. Die Regern fangen im Süden bereits an, die Hinterlist und Feindseligkeit der republikanischen Partei zu begreifen und lehnen sich offen gegen sie auf. Haben doch die Republikaner noch neulich alle farbigen Mitglieder der Legislatur in Georgia hinausgeworfen, und Gouverneur Brown hat diese Thatsache sogar als einen Beweis dafür erwähnt, daß die Oberherrschaft der Regern in Georgia nicht errichtet werden soll, wie die Demokraten den Republikanern vorwerfen. Und gegen diesen Beschluß giebt es keine Appellation beim Congreß, weil Georgia zu den rekonstruirten Staaten gehört. Die Republikaner können jetzt solche Schritte wagen, weil Grant dennoch von den Regern gewählt werden muß. Die Mehrheit für Grant wird wahrscheinlich eine ganz gewaltige sein. Die Arbeiter, welche sich auf dem Congreß zu einer politischen Partei erklärt haben, verzichteten für diesmal auf einen selbstständigen Kandidaten, weil es gleichgültig für sie ist, ob Seymour oder Grant gewählt wird, ob sie durch rohe Gewalt oder durch schlaue Gesetzgebung zu Sklaven gemacht werden; doch hob Präsident Sylvius hervor, daß der nächste Präsident von der Arbeiterpartei gewählt werden müsse.

Bur Nachricht.

Die Expedition des „Demokratischen Wochenblatts“ befindet sich jetzt Petersstraße 18, in der Wohnung des Herrn Bebel, und bitten wir alle die Expedition betr. Briefe dahin zu adressiren. Ferner zeigen wir an, daß wir uns auf wiederholte Anfragen hin entschlossen haben, Inserate aufzunehmen. Die Verbreitung des „Demokratischen Wochenblatts“ in allen Theilen Deutschlands und selbst im Ausland macht es hierzu besonders geeignet. Wir berechnen die gespaltene Pettizelle oder deren Raum zu 1 Rgr.

Verantwortlicher Redacteur: W. Liebknecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig. } Druck und Verlag: E. W. Bollrath.
Expedition: Petersstraße 18.